

Studie zur weltweiten Unterstützung der Demokratie

Redaktion

Hintergrund aus Broschüre
published by latana.com

Die „Alliance of Democracies“ ist eine Stiftung, die der EX-Nato-Generalsekretär und dänischer Premierminister Anders Fogh Rasmussen gründete. Diese Stiftung gibt alljährlich eine Studie in Auftrag, die in 53 Ländern der Welt rund 53.000 Menschen befragt.

Die „Democracy Perception Index“ (DPI) genannte Studie wird alljährlich im Vorfeld des Kopenhagener Demokratiegipfels (Copenhagen Democracy Summit) veröffentlicht. Dieser fand 2021 als Online-Veranstaltung im Mai statt.

Die Studie erhebt Daten und zeigt Entwicklungen auf, wie die Menschen in ihren Ländern zur jeweiligen Demokratie stehen. Dabei geht es um Fragen, wie die Leute ihre Demokratie einschätzen, was sie als Bedrohungen empfinden, ob sie Wahlen für fair halten, wie ausgeprägt Macht durch Reichtum beeinflusst wird, ob Politik dazu neigt, bestimmte Gesellschaftsschichten zu bevorzugen, wie zufrieden man mit der Coronapolitik und den damit einhergehenden Freiheitseinschränkungen ist und vieles mehr.

Da die Stiftung selbst und ihre Verbindungen in die Machtzirkel der Welt des großen Kapitals stark sein dürfen, kann man den Machern schwerlich unterstellen, Pro-Russische oder Pro-Chinesische Positionen zu vertreten. Umso interessanter sind einige Ergebnisse der Studie:

So steht bei Chinesen ihre Demokratie in weitaus höherem Ansehen als in nahezu allen anderen Ländern der Welt.

Befragt, von welcher politischen Weltmacht die größere Bedrohung für die eigene Demokratie ausgeht, rangieren

die USA in den allermeisten Ländern (inklusive Deutschland) vor Russland und China.

Japan hat den geringsten Wert hinsichtlich der von den dort lebenden Menschen eingeschätzten Wichtigkeit der Demokratie weltweit. Nur 62% der Bevölkerung messen ihr ein Gewicht bei. Im Geburtsland der Demokratie, in Griechenland, ist der Wert mit 92% am höchsten. (Durchschnitt weltweit: 81%)

Dass Regierungen Politik für privilegierte Minderheiten machen, ist eine weit verbreitete Vermutung. Die Studie belegt das, hat aber auch da die Überraschung parat, wonach diese Einschätzung am wenigsten von Menschen aus China geteilt wird.

Dass die eigenen Regierungen Politik für eine vermögende Minderheit machen, glauben immer mehr Menschen. Am stärksten ist diese Einschätzung in lateinamerikanischen Ländern und in Afrika (Rund 75% sehen das dort so). Weit vorne in der Europäischen Union sind die Länder Rumänien, Polen und Ungarn mit nahezu drei Vierteln der Befragten und Italien mit rund 60%. Deutschland kommt auf einen Wert von 40% mit einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr von 4%.

Welche Entwicklungen man als die stärksten Bedrohungen der Demokratie wahrnimmt haben einen klaren „Sieger“. Die ökonomische Ungleichheit sehen weltweit 64% der Befragten diesbezüglich weit vorne. Das Recht auf freie Meinungsäußerung benennen dabei 53%, unfaire und manipulierte Wahlen erwähnen 49% und den Einfluss und die Macht des „Big Tech“ 48%.

Zitat aus der Studie: „Die Wahrnehmung ‚wirtschaftlicher Ungleichheit‘ als

Bedrohung für die Demokratie korreliert sehr stark mit dem Gefühl, dass „die Regierung im Interesse einer Minderheit von Menschen handelt“

Wie eine Grafik zeigt, sind die Menschen in demokratischeren Ländern über diese beiden Themen genauso besorgt wie die Menschen in weniger demokratischen Ländern.

Immer mehr Menschen auf der Welt sehen in der Entwicklung des Einflusses der Plattformen von Sozialen Medien und Netzwerke eine zunehmend die Demokratie negativ beeinflussende Entwicklung. Am stärksten ist diese Wahrnehmung in den USA und Europa.

Befragt nach dem Umgang der jeweiligen Länderregierungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie gibt es ein starkes Gefälle. Während es in asiatischen Staaten eine hohe Zufriedenheit gibt (Vietnam 96%, China 93%, Taiwan 86%) kam in europäischen Ländern eine hohe Unzufriedenheit zum Ausdruck. In Italien, Frankreich und Polen sind nur 25% der Menschen zufrieden mit der Coronapolitik. (Deutschland rund 45% mit einem Verlust von 23%-Punkten gegenüber dem Vorjahr). Schlusslicht ist Brasilien. In dem von Bolsonaro regierten Land mit den weltweit höchsten Todesfallzahlen misst man nur 19% Zufriedenheit.

Im Vergleich zur Studie von 2020 gaben die Befragten in nahezu allen Ländern in stärker werdendem Maße an, dass es zu wenig Demokratie in ihren Ländern gäbe. In Deutschland sind das rund 30% der Leute mit einem Plus von 3% gegenüber dem Vorjahr.

Link zur Studie als PDF-Datei zum Download.
„The Democracy Index“ (in Englisch):
<https://hwlink.de/DPI>